



## KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom 4. Dezember 2018  
Kantonsratspräsidentin Hildegard Meier-Schöpfer

### **P 659 Postulat Meister Beat und Mit. über die Integration des Rettungsdienstes Seetal ins Pilotprojekt Fahrzeugpool Zentralschweiz / Gesundheits- und Sozialdepartement**

Das Postulat P 659 wurde auf die Dezember-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 109 zu 0 Stimmen zu.

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.

Beat Meister hält an seinem Postulat fest.

Beat Meister: Laut Stellungnahme des Regierungsrates sind am Standort Emmen ausschliesslich Fahrzeuge des Luzerner Kantonsspitals (LUKS) stationiert und keine Rettungsteams aus Nidwalden, Obwalden oder Uri. In Emmen ist das tatsächlich der Fall, aber in Luzern sind auch ausserkantonale Ambulanzen stationiert. Laut Stellungnahme mussten im Zuge des Pilotprojekts die Dienstzeiten und die Einsatzpläne interkantonal angepasst und aufeinander abgestimmt werden. Darum sei eine Ausweitung auf die Seetalambulanz nicht umsetzbar. Meiner Meinung nach ist man diesbezüglich sehr unflexibel, und das in einem Rettungsdienst. Ich habe den Eindruck, dass man einfach nicht flexibel sein will. So versteckt man sich auch hinter dem Gutachten. In diesem Gutachten wurde der Rettungsdienst Seetal nicht berücksichtigt. Ich frage mich deshalb, wer das Gutachten in Auftrag gegeben hat. Wir müssen mit diesem Postulat dem Regierungsrat den Rücken stärken, damit er den Verantwortlichen des LUKS und des Rettungsdienstes Zentralschweiz mit noch mehr Gewicht klarmachen kann, dass eine Nichtintegration des Rettungsdienstes Seetal in ein solches Projekt einem Luxus entspricht, den wir uns nicht leisten wollen. Es ist ein Luxus, da die vorhandenen Ressourcen nicht optimal genutzt werden. Aus irgendeinem Grund sind das LUKS und die Rettungsdienste Zentralschweiz dem Rettungsdienst Seetal nicht mehr wohlgesinnt. Ich denke dabei an die Übernahme aller Repatriierungsfahrten durch das LUKS und die Bevorteilung der eigenen Ambulanz in der Einsatzregion Inwil, wo die Seetalambulanz schneller vor Ort wäre, sowie die Tatsache, dass der Rettungsdienst Seetal nicht in das Pilotprojekt aufgenommen wurde. Stattdessen werden für teures Geld ausserkantonale Ambulanzen im Zentrum stationiert. Das ist nicht sinnvoll, denn dadurch fehlen in der Peripherie die zweiten Spitalambulanzen, wenn es dort zu einem Zweitereignis kommt. Beim Rettungsdienst handelt es sich um eine Verbundaufgabe. Der Rettungsdienst Seetal will keine Sonderbehandlung, sondern eine Gleichbehandlung, so wie es auch aus dem Planungsbericht der Regierung hervorgeht. Warum finanzieren wir ausserkantonale Ambulanzen derart, wenn wir eigene haben? Ohne eine Integration des Rettungsdienstes Seetal in das Pilotprojekt werden die Ressourcen vor Ort für die Bevölkerung nicht optimal genutzt. Dem Kantonsrat obliegt die Oberaufsicht, darum bitte ich Sie, dem Postulat zuzustimmen.

Marianne Wimmer-Lötscher: Die SP-Fraktion unterstützt das Postulat im Grundsatz und

spricht sich für die teilweise Erheblicherklärung aus. Der Einbezug des Rettungsdienstes Seetal sowie allfälliger weiterer nicht spitalbasierter Rettungsdienste in das Versorgungsmodell ist unbedingt anzustreben. Organisationen wie der Rettungsdienst Seetal leisten einen wichtigen Beitrag zum Versorgungsauftrag und unterstehen anders als die spitalbasierten Rettungsdienste dem freien Wettbewerb und sind daher meistens kostengünstiger. Das bis Ende 2019 laufende Projekt wurde bereits diesen September gestartet. In dieser Phase einen Marschhalt einzulegen, ist nicht sinnvoll und wird von der SP nicht unterstützt. Es bleibt zu beobachten, ob die im Projekt definierten Zielsetzungen wie Prozessoptimierungen, kürzere Versorgungszeiten auch in den Randregionen sowie die Kostenneutralität erreicht werden können und inwiefern die erwähnten Befürchtungen der Seetaler Bevölkerung über eine schlechtere Versorgungsqualität und die vom Rettungsdienst Seetal befürchteten Auftragsverluste eintreffen werden. Die SP plädiert dafür, nach der Pilotphase die Kooperation mit den nicht spitalbasierten Rettungsdiensten zu suchen und die Angebote letztlich sinnvoll aufeinander abzustimmen.

Angela Pfäffli-Oswald: Die Regierung begründet ihre Ablehnung damit, dass das Projekt bereits begonnen habe und dass nie geplant gewesen sei, den Rettungsdienst Seetal oder den Rettungsdienst Küssnacht am Rigi in das Projekt mit einzubeziehen. Warum das so ist, lässt die Regierung in ihrer Stellungnahme offen. Aus der Stellungnahme geht klar hervor, dass es bei diesem Projekt vornehmlich darum geht, Standards zu erproben und zu implementieren sowie die Personaldisposition zu verbessern, dies insbesondere bei den spitalbasierten Rettungsdiensten. Der Kanton Zürich hat ein ähnliches Projekt in Sachen übergeordneter Zusammenarbeit aller Notruf- und Rettungsdienste sowie der zentralen Notrufnummern. Ich habe den Eindruck, dass sich die Regierung nicht in das Projekt einmischen will. Darum will sie das Projekt so laufen lassen, wie es im September gestartet ist. Was verpasst wird – aus welchen Gründen auch immer –, sei dahingestellt. Für die Bürgerinnen und Bürger des Kantons beziehungsweise der kantonsübergreifenden Spitalregion ist es wichtig, dass alle Rettungsdienste gute Qualität bieten, an einem Strick ziehen, nach gleichen Standards und Prinzipien arbeiten und den personellen Aufwand optimieren. Nur so können ein fachlicher Mehrwert, Qualität in der Arbeit, Sicherheit für die Bevölkerung und eine Optimierung der Prozesse erzielt werden. Natürlich kann man es begründen, das Projekt laufen zu lassen und im Dezember 2019 über die Bücher zu gehen, um allenfalls den Rettungsdienst Seetal oder Küssnacht am Rigi voll oder teilweise einzubinden oder nicht. Zum Wohl der Bevölkerung hoffe ich, dass diese Einbindung spätestens nach der Datenanalyse stattfindet.

Gerda Jung: Das Postulat nimmt wichtige Fragen auf. Im Planungsbericht über die Grundversorgung 2015 wurde auf die zwei bestehenden Rettungsdienste Luzern und Seetal hingewiesen, die für den Notfalldienst im ganzen Kanton zuständig sind. In der Zwischenzweit wurde das Pilotprojekt Fahrzeugpool Zentralschweiz gestartet, das leider ohne den Rettungsdienst Seetal durchgeführt wird. Die CVP hat grosses Unverständnis für diese Art und Weise der Projektführung, wonach Anbieter ausserhalb des Kantons berücksichtigt werden, aber der Rettungsdienst Seetal nicht eingebunden ist. Grundsätze von Regionalität und Fairplay spielten in den Berechnungen der Hochschule St. Gallen, die den Prozess vorgängig auf dem theoretischen Weg errechnet hat, wohl nicht mit. Die CVP hat grosses Verständnis, wenn das laufende Pilotprojekt zum jetzigen Zeitpunkt aus prozessführender und finanzieller Hinsicht nicht gestoppt werden kann, und fordert nach dem Abschluss des Pilotprojektes alle Akteure auf, auch den Rettungsdienst Seetal als gleichwertig zu behandeln. Die CVP-Fraktion beantragt die teilweise Erheblicherklärung.

Christina Reusser: Die Grünen erachten es ebenfalls als schwierig, den Rettungsdienst Seetal in einem bereits laufenden Projekt noch einzubinden, zumal er nicht Bestandteil des vorangehenden Gutachtens war und sich das Pilotprojekt auf die Beteiligung von spitalbasierten Rettungsdiensten beschränkt. Wichtig ist, dass der Rettungsdienst in seinem Einsatzgebiet nicht eingeschränkt wird und dass nach Abschluss des Pilotprojektes im Rahmen der Auswertung die Einbindung der Rettungsdienste Seetal oder Küssnacht am Rigi ernsthaft geprüft wird. In diesem Sinn lehnen wir das Postulat ab.

Herbert Widmer: Rund 40 Jahre durfte ich unsere öffentlichen und privaten Spitäler und Rettungsdienste erleben – Hut ab. Wenn die Rettungsdienste schnell bei einem Notfall erschienen, machten wir Notfallärzte meistens einen Schritt zurück, denn deren Qualität war sehr hoch. Was wir auch erleben, ist ein grosser Verdrängungskampf im Gesundheitswesen. Der Regierungsrat lehnt einen Einbezug des Rettungsdienstes Seetal in das Pilotprojekt Fahrzeugpool Zentralschweiz ab und verweist darauf, dass dieses Projekt bereits seit September 2018 läuft, basierend auf einer Analyse der Fachhochschule St. Gallen (FHSG) mit dem Simulationsprojekt Sim911. Ich habe das Projekt Sim911 der FHSG genauer angeschaut. In der Projektschilderung wird mit keinem Wort zwischen spitalgebundenen und privaten Rettungsdiensten unterschieden. Effektiv laufen die Vorarbeiten im Kanton Luzern seit dem 1. Januar 2017 und nicht seit September 2018. Schon damals hat man den Rettungsdienst Seetal nicht mit einbezogen. Wenn ich die verschiedenen Sim911-Analysen der Kantone anschau, ist es mir klar, dass in unserem Kanton von Beginn weg nur auf die spitalbasierten Rettungsdienste gesetzt wurde. Warum ist es richtig, auch den Rettungsdienst Seetal einzubinden? Weil es sich um einen guten Rettungsdienst handelt und es um 42 Arbeitsplätze im Seetal geht; weil eine gute Zusammenarbeit zwischen staatlichen und privaten Institutionen dringend notwendig ist; weil wir uns gegen den laufenden Verdrängungskampf wehren; weil das bisherige Vorgehen bereits zu recht grossen Schwierigkeiten für den Rettungsdienst Seetal geführt hat, zum Beispiel durch den Übergang von 50 bis 60 Fahrten für die Rega an den spitalgebundenen Rettungsdienst; weil der Einbezug in das Projekt wichtig ist für das Seetal und seine Bevölkerung, für den Kanton, für die Glaubwürdigkeit des Parlaments, für die politische Kultur und Zusammenarbeit und für das Vertrauen der Bevölkerung; und weil ich nicht glaube, dass nach Abschluss des Simulationsprojektes am 1. Januar 2020 bewährte private Rettungsdienste allenfalls in den kantonalen Rettungsdienst einbezogen werden. Aus diesen Gründen stimme ich dem Postulat zu.

Claudia Huser Barmettler: Die GLP-Fraktion teilt die Bedenken, dass gewisse Regionen im Kanton in Bezug auf die notfallmässige Versorgungssicherheit zu kurz kommen beziehungsweise nicht im Pilotprojekt integriert wurden. Zudem beschränkt sich das Pilotprojekt nur auf die Beteiligung der spitalbasierten Rettungsdienste. Im Zuge des Pilotprojektes wurden die Dienstzeiten und die Einsatzpläne interkantonal und kantonal angepasst. Wir verstehen aber auch, dass bei der Bevölkerung der Region Seetal ein schaler Beigeschmack zurückbleibt. Es ist aber nicht sinnvoll, kurz vor Projektende eine Kehrtwende vorzunehmen. In Zukunft sollten jedoch alle Beteiligten mit einbezogen werden. Die GLP-Fraktion stimmt der teilweisen Erheblicherklärung zu.

Räto B. Camenisch: Es findet ein Paradigmenwechsel statt, man will die Kleinen draussen haben. Dabei handelt es sich beim Rettungsdienst Seetal um eine gewachsene Geschichte. Der Rettungsdienst Seetal hat die Bedürfnisse des Seetals selber abgedeckt. Nun denkt man grossräumig und bezieht den Rettungsdienst Seetal nicht mit ein, sondern man versucht, ihn zu erdrücken. Das ist offenbar die neue Politik des LUKS, auch gegenüber den Praxen und der ärztlichen Versorgung.

Beat Meister: Die Politik muss hier ein Zeichen setzen; wir üben als Kantonsräte die Oberaufsicht aus. Das LUKS handelt eigenmächtig und beordert teure ausserkantonale Ambulanzen ins Zentrum, die wiederum bei einem Zweitereignis zum Teil fehlen. Hingegen wird der voll anerkannte Rettungsdienst Seetal nicht in das Projekt integriert, obwohl er sich selber finanziert. Wir sollten dem Regierungsrat den Rücken stärken, damit er in dieser Sache etwas unternehmen kann.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Beat Meister kennt unser Vorgehen. Im Zentrum steht die Bevölkerung, das gilt auch für das Seetal. Im Seetal steht die Bevölkerung im Zentrum und nicht der Rettungsdienst. Zum Pilotprojekt habe ich mich anlässlich der Anfrage A 511 von Beat Meister bereits geäussert. Wir haben kein Problem auf der Landschaft, sondern wir stehen vor einer grossen Herausforderung in der Stadt und der Agglomeration. Aus diesem Grund brauchen wir einen Stützpunkt in Emmen, damit wir von aussen ins Zentrum gelangen

können. Dabei geht es um Minuten. Es ist schneller und effizienter, als wenn der Rettungsdienst Seetal nach Luzern fahren würde. Die Landschaft wird darunter nicht leiden. Gemäss Ihren Aussagen verdrängt das LUKS die Kleinen. Das stimmt nicht. Ich wurde in dieses Projekt mit einbezogen und habe mich auch dafür ausgesprochen. Mit jeder Minute, die wir gewinnen, können wir Leben retten. Das ist unsere Aufgabe. Die Bevölkerung muss im Zentrum stehen. Damit der Rettungsdienst Seetal wirtschaftlich mithalten kann, benötigt er rund 2000 Einsätze, und darin besteht die Herausforderung. Das Vorgehen sieht nun wie folgt aus: Ich werde selber einen runden Tisch einberufen, an dem ich auch teilnehme. Es wird ein Projekt für den Rettungsdienst Seetal gestartet, denn ich will wissen, wie seine Zukunft in drei, fünf und zehn Jahren aussieht. Ich wiederhole es aber nochmals: Die Bevölkerung steht im Zentrum. Wenn das Pilotprojekt abgeschlossen ist, klären wir ab, ob das Ganze zusammengefügt werden kann. Im Namen der Regierung bitte ich Sie, entgegen unserem Antrag auf Ablehnung, das Postulat teilweise erheblich zu erklären.

Der Rat erklärt das Postulat mit 65 zu 45 Stimmen teilweise erheblich.